

### Aus den Betrieben „Schön ist das Bergmannsleben“

Ein lehrreiches Beispiel zur Beurteilung der Arbeits- und Betriebsverhältnisse im Ruhrbergbau bietet nachstehender Bericht der „Bergharbeiter-Zeitung“ von Zeche Osterfeld IV:

Auf hiesiger Schachtanlage geht es in letzter Zeit unter dem Druck von oben ziemlich wild her. Nach Auffassung der Verwaltung gibt es keinen Bergmann mehr, der genügend leistet. Es soll immer noch mehr geleistet werden, trotzdem heute jeder nach dem hier herrschenden System hergeben muß was in ihm steckt, wenn er nicht mit einem Hungerlohn nach Hause gehen will. Es ist hier vorgekommen, daß **Kohlenhauer mit 4,96 Mk. pro Schicht** nach Hause gegangen sind. Gedinge vereinbaren gibt es in den meisten Betrieben überhaupt nicht. Es heißt einfach: „Das bekommt ihr — und damit fertig! Ihr müßt die Hacke in beide Hände nehmen und dann feste in die Wand hauen!“ Haben dann die Kameraden ihre Pflicht erfüllt und feste in die Wand gehauen, dann finden sie nach Schichtzeit über Tage beim Besehen ihrer Förderziffer an der Tafel ein trauriges Bild. Ganze Wagen, auch zwei, drei und mehr, sind den einzelnen Partien gestrichen worden. Auf der Hängebahn herumlaufend, suchen die Kameraden den unreinen Teil oder die Wagen, die wegen Mindermaß gestrichelt worden sind. Der unreine Teil oder das Mindermaß wird von dem dazu Beauftragten abgeschätzt und gezehntelt. Wie er das fertig bringt, darüber schweigt man sich aus. Die Erbitterung darob ist sehr groß unter den Kameraden. Man überlegt sich, ob man sich um unreine Kohle geladen oder schlecht beladen hat. Es ist vorgekommen, daß einer Kameradschaft von acht Mann etwa 100 Wagen in einem Monat als unrein abgezogen wurden, und zwar von Fioz Wellington, das von vier Steinpacken durchsetzt ist.

Mit Material sieht es auch oft traurig aus, hauptsächlich in Querschnitten und Richtstrecken. Es kommt vor, daß das Holz 12 bis 15 Meter zurück ist. Die Leute sind oft 40 Meter und mehr zurück. Wenn man sich beschwert, dann heißt es: „Es ist alles bestellt, aber noch nichts da!“ Man kümmert sich nicht um das, was den Arbeitern durch die „Bildergalerie“ (Unfallverhütungspromenade) veranschaulicht wird. Daher die vielen Unfälle, die hier zu verzeichnen sind.

Den Hilfsanschlägern über Tage zahlt man nur 5,55 Mk., während der Tarif 6,65 Mk. vorsieht. Den alten Leuten, die infolge ihrer langjährigen Berzaberit ausgemergelt und krank sind, läßt man ein halbes Jahr feiern, gibt man den tarifmäßigen Urlaub nicht mit der Begründung, daß sie nach sechsmonatiger Feiertzeit von der Knappschicht und aus der Belegschaft gestrichen und dadurch neu angelegt sind. Darunter sind Leute, die hier seit Jahren beschäftigt sind.

Der Druck von oben wirkt sich auch auf die Beamten aus. Es gibt manchen Steiger, der seine Familie sehr wenig zu sehen bekommt, da er die meiste Zeit im Pütt verbringt. Will man morgens eine Bestellung machen, so heißt es: „Der Steiger ist aus Angst nicht ausgefahren“. Oder: „Der Steiger ist wieder angefahren“. Anstatt sich zu wehren und mit den Arbeitern an der Verbesserung ihrer Lage zu arbeiten, beschuldigt man die Arbeiter, daß sie sich an den Betrieb durch Schlägen traktieren. Ein Steiger, dem bewiesen wurde, daß er wechelt, versucht seine Tüchtigkeit an Jugendlichen zu unternehmen, so daß er als Sieger hervorgeht. Es wird auch beschuldigt und seine Hände, wobei über einen Kohlenhauer ausgeführt wird, daß er sich nicht um die Arbeit kümmert, sondern nur seinen eigenen Vorteil sucht. Dieser war aber von dieser Unmoralie nicht besonders erbauet und der Steiger zog dabei den Kürzeren.

Später schloß sich auch ein solches Ding. Ein „oben“ nicht anzusehen, wird dort gesparrt, wo es am wenigsten zu sehen ist, nämlich am Holz. Ein Beamter erklärte ausdrücklich, wenn ihm der Stuhl vor die Tür gesetzt, Da braucht man sich nicht zu wundern, daß in den Betrieben Mangel an Holz herrscht.

Seine Befehle erstrecken sich im allgemeinen aber nur auf wirtschaftliche Belange der Arbeiter. Um solche handelt es sich in vorliegendem Falle nicht, sondern um reine Machtinteressen innerhalb der Arbeiterschaft. Er hat also gerade das nicht getan, was er hätte tun müssen: das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft zu fördern. Er hat das Gegenteil getan, anstatt darauf hinzuwirken, daß eine Entlassung des Klägers veranlaßt und die Anzeigeneit in einer für alle Teile annehmbaren Weise erledigt wäre, hat er ledigliche Interessen seiner Organisation ins Auge gefaßt und verlor, mit der Entlassung des Klägers auf seine Drohung hin, war er vollkommen einverstanden. Sein Vorgehen war also durch die ihm als Bundelegierter durch den Tarifvertrag auferlegten Pflichten und Pflichten zu bedingten.

Der Klägere hat also in jeder Weise die guten Sitten verstoßen, erwachsenen Schaden verursacht. Er ist somit gemäß § 276 BGB, dem Klägere zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Dem Klägere war somit, da der Anspruch seiner Höhe nach nicht bestritten wurde, in vollem Umfang statt zu gehen. Wegen der Kosten vergl. § 91 ff. ZPO.

Wegen der Kosten vergl. § 91 ff. ZPO. Ausgeführt: Der Gerichtsschreiber: gez. u. untersch. Mittellungen

**Mittellungen**  
Reich  
Achtung! VRUK-Umlage.  
In der 24. Woche ist die erste 50 Pf.-Rate der VRUK-Umlage fällig. Die Ortsgruppen werden am pünktliche Abrechnung ersucht.

**An die Ortsgruppen!**  
Mit vorliegender Nr. erfolgte die Zustellung der Abrechnungsberechtigten. Sorgt für Einzahlung desselben. R. A. A.

**Essen.**  
Am Sonntag, den 18. Juni, abends 7.30 Uhr, in der Jugendherberge, öffentliche Diskussionsabend. Zeitungslese und Sympathisanden sind hiermit eingeladen.

**Chemnitz.**  
Am Mittwoch, den 22. Juni 1927, abends 7.30 Uhr: große öffentliche Volksversammlung im Lokal Lina am Theaterplatz. Thema wird durch Handzettel und Plakate noch bekannt gegeben.

**Öffentliche Sitzung der VRUK.**  
Pflichtbeiträge Berlin: 140.—  
Pflichtbeiträge Reich: Berlin-Brandenburg 92,40; Mitteldeutschland, Halle 9,16; Rheinland-Westfalen 24,00; Wasserkanäle 7,90; Mainz 4,50; Lauban 4,80; Rühringen 5,40; Reichsumlage à Konto 180.—  
Sammelstellen Berlin: 5. Bez. Nr. 634, 17,50; 7. Bez. Nr. 627, 1,20; 8. Bez. Nr. 632, 7.—; 11. Bez. Nr. 611, 6,50; 13. Bez. Nr. 608, 8,50; 14. Bez. Nr. 608 (Rest), 1.—; 15. Bez. Nr. 609, 2.—; Nr. 610, 5.—; 17. Bez. Nr. 628, 4.—; Betrieb Lorenz Tempelhof Nr. 602, 13,85; 2. Bez. 1.—; 17. Bez. 10.—; Gen. Weibell 2.—; Sammlung Malversammlung 32,70.  
Sammelstellen Reich: Novawes Nr. 638 25,50; 639 25,50; 640 15,70; Dresden Nr. 632 7,55.  
Postkarten Berlin: 3. Bez. 6.—; 5. Bez. 2.—; 13. Bez. 1,30; P. L. Sammlung Postkarten 3. Bez. 2.—; Sammlung E. L. Jugend 17. Bez. 20,75; Postkarten 13,90; Marken 5.—

**Groß-Berlin**  
Wochenbeiträge.  
In der 24. Woche (vom 12. bis 18. Juni 1927) betragen die Beiträge — einschließlich 50 Pf. VRUK-Umlage — 1,30 Mk. 1,50 Mk. und 1,50 Mk. Arbeitslose 10 Pfennig.

**Öffentliche Diskussionsabende.**  
6. Unterbezirk, Freitag, den 17. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal „Schiffbau-Patenhütter“, Kreuzberg — Ecke Mückertstraße. KPD- und RPB-Genossen sind eingeladen.  
11. Unterbezirk, Freitag, 24. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal „Schumann“, Sedanstraße 19/20. Thema: Die wirtschaftliche und politische Lage.

**Der Druckentwurf hat uns in Nr. 23 des „Kampfruf“ einen üblen Streich gespielt. Im Leitartikel („Warum Arbeiter-Union?“) wurde es gleich zu Anfang als „zweite östliche richtige Heilung“ dargestellt, die Kapitalismus in der Phase seines ökonomischen Zusammenbruchs leidend „saw. anst. „Phase“, wie dort irrtümlich steht.**

Verantw. Redakteur: Hermann Koch Berlin N. Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Isdonat, Berlin O 17.

# Der Kampf

## Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 8, Nr. 25 Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13 Preis 15 Pfennig

### Die Hungeroffensive gegen das Proletariat

#### Erhöhung der Kartoffel-, Fleisch- und Zuckerzölle

Am 31. Juli läuft die Geltungsdauer der jetzigen Zollgesetzte ab, wodurch die Frage der künftigen Regelung zum gemacht hat, hält das Gericht für erwiesen, daß der Klägere mehr getan hat als nur den Beschluß der Belegschaft der Bauleitung zu übermitteln. Er hat nach Aussage des Zeugen Bosh die Arbeiter dieser Baustelle an dem fraglichen Tage zusammenzurufen und dieselben aufgefordert, an den Beschlüssen der Belegschaft festzuhalten, wonach die Zusammenarbeit mit einem Syndikalist verweigert werden sollte. Von diesem Standpunkt ist der Klägere auch nicht abgewichen, obwohl ihm aus den Kreisen der Arbeiter die Gedanken entgegengehalten wurden, und sowohl der Zeuge Bosh als Ansinen des Beklagten als Terror bezeichnet. Hiermit folgt, daß der Klägere den Beschluß der Belegschaft nicht nur weitergegeben, sondern sogar veranlaßt und in der Richtung herbeigeführt hat, wie es geschehen ist.

Aber selbst, wenn der Beklagte zu einem Beschluß dieses Inhaltes nicht aufgefordert hätte und derselbe aus den Reihen der übrigen Arbeiter selbst gekommen wäre, so kann die Täterschaft des Beklagten doch nicht in Frage gestellt werden. Dadurch, daß er den Beschluß der Belegschaft an die Bauleitung weitergegeben hat, war er jedenfalls mit der Belegschaft dahin einig, daß der Klägere von der Arbeitsstelle entfernt werden müsse. Dadurch, daß er den Beschluß zur Ausführung brachte, indem er ihm die Bauleitung mitteilte, hat er sich selbst zu eigen gemacht. Durch die Mitteilung an die Bauleitung hat er die eigentliche und letzte Ursache zu der Entlassung des Klägers gesetzt. Verletzt hierzu die Entscheidung des Landgerichts Barmen vom 6. 2. 1926 Z. W. 192 S. 289.

Wenn man der Klägere glaubt, es sei seine Pflicht als Bundelegierter gewesen, diesen Beschluß der Arbeiterschaft an den Arbeitgeber weiterzugeben, so verkennt er, daß die Beschlüsse der Arbeitnehmer nur insoweit mitzuteilen hat, als dies in den Grenzen geschieht, die ihm als Bundelegierter gesetzt sind. Seine Befehle erstrecken sich im allgemeinen aber nur auf wirtschaftliche Belange der Arbeiter. Um solche handelt es sich in vorliegendem Falle nicht, sondern um reine Machtinteressen innerhalb der Arbeiterschaft. Er hat also gerade das nicht getan, was er hätte tun müssen: das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft zu fördern. Er hat das Gegenteil getan, anstatt darauf hinzuwirken, daß eine Entlassung des Klägers veranlaßt und die Anzeigeneit in einer für alle Teile annehmbaren Weise erledigt wäre, hat er ledigliche Interessen seiner Organisation ins Auge gefaßt und verlor, mit der Entlassung des Klägers auf seine Drohung hin, war er vollkommen einverstanden. Sein Vorgehen war also durch die ihm als Bundelegierter durch den Tarifvertrag auferlegten Pflichten und Pflichten zu bedingten.

Der Klägere hat also in jeder Weise die guten Sitten verstoßen, erwachsenen Schaden verursacht. Er ist somit gemäß § 276 BGB, dem Klägere zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Dem Klägere war somit, da der Anspruch seiner Höhe nach nicht bestritten wurde, in vollem Umfang statt zu gehen. Wegen der Kosten vergl. § 91 ff. ZPO.

Wegen der Kosten vergl. § 91 ff. ZPO. Ausgeführt: Der Gerichtsschreiber: gez. u. untersch. Mittellungen

**Mittellungen**  
Reich  
Achtung! VRUK-Umlage.  
In der 24. Woche ist die erste 50 Pf.-Rate der VRUK-Umlage fällig. Die Ortsgruppen werden am pünktliche Abrechnung ersucht.

**An die Ortsgruppen!**  
Mit vorliegender Nr. erfolgte die Zustellung der Abrechnungsberechtigten. Sorgt für Einzahlung desselben. R. A. A.

**Essen.**  
Am Sonntag, den 18. Juni, abends 7.30 Uhr, in der Jugendherberge, öffentliche Diskussionsabend. Zeitungslese und Sympathisanden sind hiermit eingeladen.

**Chemnitz.**  
Am Mittwoch, den 22. Juni 1927, abends 7.30 Uhr: große öffentliche Volksversammlung im Lokal Lina am Theaterplatz. Thema wird durch Handzettel und Plakate noch bekannt gegeben.

**Öffentliche Sitzung der VRUK.**  
Pflichtbeiträge Berlin: 140.—  
Pflichtbeiträge Reich: Berlin-Brandenburg 92,40; Mitteldeutschland, Halle 9,16; Rheinland-Westfalen 24,00; Wasserkanäle 7,90; Mainz 4,50; Lauban 4,80; Rühringen 5,40; Reichsumlage à Konto 180.—  
Sammelstellen Berlin: 5. Bez. Nr. 634, 17,50; 7. Bez. Nr. 627, 1,20; 8. Bez. Nr. 632, 7.—; 11. Bez. Nr. 611, 6,50; 13. Bez. Nr. 608, 8,50; 14. Bez. Nr. 608 (Rest), 1.—; 15. Bez. Nr. 609, 2.—; Nr. 610, 5.—; 17. Bez. Nr. 628, 4.—; Betrieb Lorenz Tempelhof Nr. 602, 13,85; 2. Bez. 1.—; 17. Bez. 10.—; Gen. Weibell 2.—; Sammlung Malversammlung 32,70.  
Sammelstellen Reich: Novawes Nr. 638 25,50; 639 25,50; 640 15,70; Dresden Nr. 632 7,55.  
Postkarten Berlin: 3. Bez. 6.—; 5. Bez. 2.—; 13. Bez. 1,30; P. L. Sammlung Postkarten 3. Bez. 2.—; Sammlung E. L. Jugend 17. Bez. 20,75; Postkarten 13,90; Marken 5.—

**Groß-Berlin**  
Wochenbeiträge.  
In der 24. Woche (vom 12. bis 18. Juni 1927) betragen die Beiträge — einschließlich 50 Pf. VRUK-Umlage — 1,30 Mk. 1,50 Mk. und 1,50 Mk. Arbeitslose 10 Pfennig.

**Öffentliche Diskussionsabende.**  
6. Unterbezirk, Freitag, den 17. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal „Schiffbau-Patenhütter“, Kreuzberg — Ecke Mückertstraße. KPD- und RPB-Genossen sind eingeladen.  
11. Unterbezirk, Freitag, 24. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal „Schumann“, Sedanstraße 19/20. Thema: Die wirtschaftliche und politische Lage.

geführt wird. Die wirtschaftlich in nationalen Boden verankerten Agrarkapitalisten hingegen besitzen nach wie vor in der Zollpolitik ihre schärfste Waffe um der ausländischen Konkurrenz entgegen zu treten. Die Schutzzollmauern, die alle kapitalistischen Länder voneinander abschließen, gehören zum unentbehrlichen Bestandteil einer Agrarwirtschaft auf der Grundlage des Privateigentums. Denn die Zölle sind für die Junker das Universalmittel, um unter nationaler Flagge für ihre Waren auch im Inlande größere Profite herauszuschlagen. Das kapitalistische Produktionssystem ist es selbst, das immer wieder die Bedingungen schafft für eine Offensive zur Verfeinerung der proletarischen Lebenshaltung.

Der bevorstehende zollpolitische Hungerfeldzug der Bourgeoisie hat die Kirchhofstraße der jetzigen Saurdenkurzeit merklich gestört und wieder Leben in den parlamentarischen Froschheit gebracht. Besonders die SPD- und Gewerkschaftsbouzen sind geschäftig am Werke, um sich als Kämpfer gegen die soziale Reaktion aufzuspüren. Sie reden ihrem treulosen Koalitionsbruder, dem Zentrum, wie einem kranken Schimmel zu, doch ja etwas Rücksicht zu nehmen auf die Arbeiter mit schwarzrotgelben Abzeichen. Die „Abrechnung“ mit den „Zollwuchern“ kommt für die SPD, natürlich erst bei den nächsten Reichstagswahlen — d. h. in anderthalb Jahren in Frage. Bis dahin müssen die Proletarier eben den Hungerkriegen enger anschaulen und die famose demokratische Republik hochleben lassen.

Die SPD und die Gewerkschaften sind vom Standpunkte des Parlamentarismus und ihrer Stellung zur kapitalistischen Demokratie jedoch nur konsequent, wenn sie in der Zollfrage ihrer kleinbürgerlichen Politik des Hoffens und Harrens trenn bleiben. Eine solche schurkergelbe Linie wird vergeblich bei der KPD, suchen, die wie gewöhnlich eine Politik der Widersprüche und der Planlosigkeit treibt. Mit der Ankündigung parlamentarischer Obstruktion während der Lärminstrumente des Reichstages, mit dem Aufgebot der Lärminstrumente des KPD, versucht die KPD, die „Einheitsfront gegen Hungerblockade“ herzustellen. Die kapitalistische Hungeroffensive ist nun gewiß dazu angetan, größere Arbeitermassen aus der Passivität wachzurütteln. Was aber die KPD unter proletarischer Kampfesfront versteht, ist nur ein wüster radikalreformistisches Durcheinander. Denn wie der „Vorwärts“ die Arbeiter auf die „Abrechnung“ mit dem Stimmzettel im Dezember nächsten Jahres verströlet, so verströlet die „Rote Fahne“ die Proletarier auf den Kampf der SPD, und Gewerkschaften unter dem Druck der Massen. Dabei muß die KPD, selbst feststellen, daß die Gewerkschaftsreformisten und sozialdemokratischen Führer zu einem wirklichen Kampf nicht denken“, daß im Gegenteil die ADGB-Führer „drauf und drauf“ sind, mit den Zollräubern vom Zentrum zu kühn handeln. Die KPD-Parlamentarier wissen genau wie wir, daß der ADGB, eben nicht „muß“, weil er als Stütze der bürgerlichen Demokratie gar nicht mehr gegen die Kapitalistenklasse ernsthaft kämpfen kann. Wenn trotz dieser tausendfach bewiesenen Tatsache „die Arbeiter in den Gewerkschaften sich zusammenzuschließen“ sollen, so versperrt diese KPD-Parole gerade den einzigen Weg, der zur Entfesselung eines proletarischen Massenkampfes gegen die Bourgeoisie führt. Die Taktik der Linkenpartei läuft somit auch in der Zollfrage nur darauf hinaus, für ihren parlamentarischen Obstruktionsradu ein heffalsküstendes Arbeiterpublikum zu gewinnen.

Das Proletariat, das gegen die kommende Hungeroffensive Parolen muß, darf weder den offen reformistischen Fronten noch den irreführenden KPD-Losungen folgen. Die Politik der KPD, entpuppt sich bei jeder Gelegenheit als radikale Phrasendrescherei, da eben die parlamentarisch-gewerkschaftlichen Waffen für den modernen Klassenkampf nichts mehr taugen. Der Aufmarsch

Es wird amtlich zugestanden.  
Die Uebersicht des Reichsfinanzministeriums über die Gestaltung der Reichseinkommen- und -ausgaben im Rechnungsjahr 1926 gibt jetzt genaue Zahlen über die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, das die Reichsregierung im Sommer 1926 angekündigt hatte und das im ganzen zu einem Flusko geführt hat. An Ausgaben für Zwecke der Arbeitsbeschaffung waren bekanntlich vorgesehen:

200 Mill. M. Kredit für den Kleinwohnungsbau
50 „ „ „ Landwirtschaftliches Siedlungswerk
30 „ „ „ für die Förderung des Baus von Landarbeiterwohnungen
100 „ „ „ für die produktive Erwerbslosenfürsorge über den ursprüngl. vorgesehenen Betrag hinaus
15 „ „ „ Wohnungsfürsorgefonds
100 „ „ „ Darlehen a. d. Deutsche Reichsbahngesellsch.
Zus. 495 Mill. M.

Tatsächlich ausgegeben wurden:  
138 Mill. M. Kredit für den Kleinwohnungsbau  
27 „ „ „ Landwirtschaftliches Siedlungswerk  
13,5 „ „ „ Wohn-fürsorgefonds  
80 „ „ „ Darlehen a. d. Deutsche Reichsbahngesellsch.  
Zus. 258,5 Mill. M.

Aus dieser amtlichen Uebersicht ist zu erselien, daß die Ausgaben für Arbeitsbeschaffung hinter den Versprechung in der Regierung um fast eine Viertelmilliarde Mark zurückgeblieben. Das heißt: das bombastisch angekündigte „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ ist zu einem großen Teile gar nicht durchgeführt worden, obwohl es ohnehin schon völlig unzulänglich war. Das amtlich eingestandene Flusko der Arbeitsbeschaffung ist aus so schwerwiegenden, als für die sozialpolitischen Posten (Wohnungsfürsorge, Bau von Landarbeiterwohnungen, produktive Erwerbslosenfürsorge) überhaupt keine oder nur lächerlich geringe Mittel ausgeworfen wurden.

Ob die deutschen Krautjunker, die adligen Herren von A. und Halm, ihre zollpolitischen Sonderwünsche bei der Zentrums-Partei durchsetzen können, ist jedoch nicht mal ausschlaggebend für die künftigen Zollgesetzte. Denn der neue Zollplan der Reichsregierung trägt ja sowieso

den höheren Kartoffelzoll, sie bedeuten, daß für Schmalz und Fett nur eine unzureichende und für Frischmilch überhaupt keine Zollreueung erfolgt ist. Die Großgrüner — und mit ihnen der Reichs-„Ernährungs“-Minister Schiele! — fordern eine Zollpolitik, die einen offenen Profitfeldzug für die Junkerkaste, einen auf die Spitze getriebenen Aushungerungskrieg gegen das Proletariat darstellt.

Ob die deutschen Krautjunker, die adligen Herren von A. und Halm, ihre zollpolitischen Sonderwünsche bei der Zentrums-Partei durchsetzen können, ist jedoch nicht mal ausschlaggebend für die künftigen Zollgesetzte. Denn der neue Zollplan der Reichsregierung trägt ja sowieso

den höheren Kartoffelzoll, sie bedeuten, daß für Schmalz und Fett nur eine unzureichende und für Frischmilch überhaupt keine Zollreueung erfolgt ist. Die Großgrüner — und mit ihnen der Reichs-„Ernährungs“-Minister Schiele! — fordern eine Zollpolitik, die einen offenen Profitfeldzug für die Junkerkaste, einen auf die Spitze getriebenen Aushungerungskrieg gegen das Proletariat darstellt.

den höheren Kartoffelzoll, sie bedeuten, daß für Schmalz und Fett nur eine unzureichende und für Frischmilch überhaupt keine Zollreueung erfolgt ist. Die Großgrüner — und mit ihnen der Reichs-„Ernährungs“-Minister Schiele! — fordern eine Zollpolitik, die einen offenen Profitfeldzug für die Junkerkaste, einen auf die Spitze getriebenen Aushungerungskrieg gegen das Proletariat darstellt.

den höheren Kartoffelzoll, sie bedeuten, daß für Schmalz und Fett nur eine unzureichende und für Frischmilch überhaupt keine Zollreueung erfolgt ist. Die Großgrüner — und mit ihnen der Reichs-„Ernährungs“-Minister Schiele! — fordern eine Zollpolitik, die einen offenen Profitfeldzug für die Junkerkaste, einen auf die Spitze getriebenen Aushungerungskrieg gegen das Proletariat darstellt.

den höheren Kartoffelzoll, sie bedeuten, daß für Schmalz und Fett nur eine unzureichende und für Frischmilch überhaupt keine Zollreueung erfolgt ist. Die Großgrüner — und mit ihnen der Reichs-„Ernährungs“-Minister Schiele! — fordern eine Zollpolitik, die einen offenen Profitfeldzug für die Junkerkaste, einen auf die Spitze getriebenen Aushungerungskrieg gegen das Proletariat darstellt.



# Der Kampf

## Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 8, Nr. 26 Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Laustitzer Platz 13 Preis 15 Pfennig

sondern sie müssen als Organisation gegen die Führung des Kampfes seitens der Gewerkschaften ankämpfen und sich für die Übernahme der Führung des Kampfes durch die Belegschaft selbst, durch ihre Aktionsausschüsse einsetzen, auch dann sogar, wenn die Kämpfenden nicht die Notwendigkeit der Verwendung ihres wirtschaftlichen Kampfes in einen politischen begreifen, denn im Prozeß des Kampfes werden sie die, leichter begreifen, wenn die Führung sich in ihren Händen befindet, als wenn letztere in den Händen der Gewerkschaften wäre. Wenn die Arbeiter die Notwendigkeit der Ausbreitung des Kampfes und ihre Verwandlung in einen politischen begreifen, müssen sich die Unionisten in die Aktionsausschüsse wählen lassen. Folgt aber die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft oder von Teilen, die dem Kampf einen politischen Charakter annehmen lassen, nicht, und die Niederlage ist da, so müssen die Aktionsausschüsse, die für diesen Zweck gewählt wurden, von den Unionisten vertreten sein, die Führung des Kampfes auch in diesem Stadium des Abschlusses in ihren Händen behalten. Auch dann sogar, wenn das mit Verhandlungen verbunden ist. Die Verantwortung für einen solchen Ausgang des Kampfes trägt die übrige Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaftsorganisationen.

Manchen Genossen scheint das nicht genug revolutionär. Sie müssen aber konsequent sein und einen anderen konkreten Weg des Abschlusses zeigen. In einem Berliner Bezirk erklärte ein Genosse, daß nach einer Niederlage die Arbeiter nicht darüber zu verhandeln haben, unter welchen Bedingungen sie die Arbeit wieder aufnehmen; sie müssen ihre Rückseite nehmen und nie mehr in diese Betriebe zurückkehren. Das wäre zwar ein Weg, aber ein schlechter Weg; denn die Arbeiter und Unionisten in diesem Falle müssen nachher in anderen Betrieben Arbeit suchen und mit dem Unternehmer Verhandlungen führen, d. h. dasselbe tun, wofür sie die alten Betriebe verlassen haben, oder sie müssen in die Berge gehen. Dieser Weg ist aber kein Weg der Arbeiterklasse, die können einzelne gehen; im übrigen ist das Plättchen. Dieser Weg hat nichts mit Klassenkampf des Proletariats zu tun. Es wäre logischer, die Verweigerung des Verkaufs der Arbeitskraft als einen neuen Weg für die Betreibung der Arbeiterklasse zu predigen.

Man kann noch einen Weg für den Abschluß des Kampfes angeben, den die Arbeiter gemeinsam mit den Unionisten unter Ausschaltung der Gewerkschaften gehen können. In einem politischen Kampf verhandeln wollen, nämlich: daß jeder zurückkehrt wie er kann. Das bedeutet aber Zerstückelung der Solidarität unter den Arbeitern, was die elementarste Bedingung eines jeden Kampfes ist. Das bedeutet auch Zerstückelung der Betriebsorganisationen.

Wenn man diese zwei Wege ablehnt, so muß man zwischen der Notwendigkeit von einer organisierten Regierung unter welcher die Proletariat die Arbeit wieder aufnehmen. Ist man aber dazwischen, so muß man dafür sein, daß die Arbeiter sich an die Gewerkschaften wenden. In diesem Falle müssen aber die Arbeiter, die die Gewerkschaften ablehnen haben, die Führung ihres Kampfes selbst in die Hände nehmen und nachher zur Schuld der Gewerkschaften in die Stätten der Ausbreitung zurückkehren müssen. Ihre Notwendigkeit und Unüberheblichkeit zeigen. Das Ergebnis dieses scheinbaren Radikalismus wird also die Erhaltung der Totengräber der proletarischen Union — der Gewerkschaften sein. Man kann noch der Auffassung sein, daß die von der Belegschaft gewählten Organe den Kampf abschließen werden, die Unionisten müssen aber zurücktreten. Was das bedeutet, zeigt besonders klar der Fall, wo die Unionisten die Mehrheit in einem Betriebe haben. (Das war früher der Fall, als die Union über Hunderttausend Mitglieder verfügte und wird auch in Zukunft der Fall sein, wenn die Union die Klassenorganisation des Proletariats werden soll.) Die Unionisten müssen die Mehrheit der Aktionisten in Vertretung überlassen und sich auf diese Weise selbst ein Zeugnis der Feigheit ausstellen.

Der Fall, wo die Unionisten die Mehrheit sind, gestattet uns am klarsten die Taktik der Union, der Verhältnisse gegenüber zu präzisieren. Der Weg, dem die Unionisten die Mehrheit im Betriebe folgen, kann nicht nur der Weg für die „Ausgewählten“ sein, das ist der Weg, den sie auch als Minderheit der Arbeiterklasse zeigen müssen und für welchen die Gewerkschaften Verantwortung tragen müssen. Nur auf diesem Wege wird die Union eine Klassenorganisation des Proletariats. Nur so werden die organisatorischen Bedingungen für die unmittelbare Entfaltung des Kampfes gegen das Kapital geschaffen. Nur so werden die organisatorische und ideologische Vorbereitung für die Verwandlung der Kämpfe gegen die Wirkungen des Kapitalismus in Kämpfe gegen ihn selbst.

Gegen die hier entwickelte Taktik der Union, festgelegt auch in der Resolution des 4. und 18. Unterbezirks ist nur ein „Argument“ vorhanden, das Beachtung verdient. Das ist die Angst vor der reformistischen Gefahr für die Union. Es wäre eine Kurzsichtigkeit und Torheit, zu meinen, daß reformistische Gefahren existieren. Sie zeigen aber nicht aus den obigen Taktik, sondern aus dem Umstand, daß die Union zur breiten Klassenorganisation des Proletariats werden muß. Schon 1904 in einer Polemik gegen Lenin schrieb Rosa Luxemburg: „Die Gefahr der Reformismus ist ein Produkt der Arbeiterbewegung selbst. Sie ist die dialektische Widersprüche, die die Arbeiterbewegung in sich birgt.“ Der Kapitalismus ist seine Voraussetzung, den sie doch überwinden muß. Die Übertragung dieser dialektischen Widersprüche und ihre ideologischen Auswirkungen auf die Mitglieder der Union ist sehr wahrscheinlich mit der Entwicklung der letzten Jahre zur Massenorganisation des Proletariats. Diese Gefahr zu bannen mit dem Absichtsvollen von den alltäglichen Arbeiterkämpfen und ihrem Verlauf und durch die Verwandlung der Union zur Massenorganisation des Proletariats. Diese Gefahr zu bannen mit dem Absichtsvollen von den alltäglichen Arbeiterkämpfen und ihrem Verlauf und durch die Verwandlung der Union zur Massenorganisation des Proletariats. Diese Gefahr zu bannen mit dem Absichtsvollen von den alltäglichen Arbeiterkämpfen und ihrem Verlauf und durch die Verwandlung der Union zur Massenorganisation des Proletariats.

### Wirtschaft Stillstand auf dem Arbeitsmarkt

Nach dem Bericht des Berliner Arbeitsamtes waren am 18. Juni 1928 307 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen 198.668 der Vorwoche. Darunter befanden sich 130.365 (131.181) männliche und 67.942 (67.425) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 63.286 (63.840) männliche und 29.748 (29.949) weibliche insgesamt 93.034 (93.789) Personen. Außerdem wurden noch 30.146 (30.738) Personen durch die Erwerbslosenliste der Stadtgemeinde Berlin und 33.572 (33.207) Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Bei Nichtsandsarbeiten wurden 5925 (5108) Personen beschäftigt.

Die männlichen Arbeitslosen nahmen also um 816 ab, während die weiblichen um 517 zunahm. Das weibliche Plus resultiert aus dem Bedienungsgewerbe, das jetzt, nach den Festtagen, rückläufige Konjunktur hat und in Berlin in der Berichtswoche insgesamt 1000 entfiel. Unter den Arbeitslosen, die in Arbeit kamen, waren allein 500 Jugendliche. Da die Erwerbslosenunterstützung 692 weniger unterstützte als in der Vorwoche und bei Notstandsarbeiten 80 weniger beschäftigt wurden, ist das ein Beweis, daß fast 400 Arbeitslosen die Unterstützung entzogen wurde. Ob also überhaupt Arbeiter in Arbeit kamen, ist recht zweifelhaft. Jedenfalls sind mehr entlassen als eingestellt. Nach Konjunktur scheint das gerade nicht auszusehen.

### Die deutsche Eisenwirtschaft Die Eisen- und Stahlindustrie als Gradmesser der Konjunktur.

Eisen (vorwiegend auch Stahl zu verstehen) ist die Grundstoff aller Wirtschaft. Die deutsche Eisenindustrie (Eisen, Stahl, Kohle) ist deshalb die Schlüsselindustrie jeder Volkswirtschaft. Aus ihrer Prosperität läßt sich das Ergehen der Wirtschaft überhaupt, aus Konjunktur und Krise schließen. Der Rückgang der Eisenindustrie ist ein Zeichen für den allgemeinen Stillstand der Wirtschaft. Die deutsche Eisenindustrie ist seit einem Jahre die bestbeschäftigste Industrie; man kann ruhig von Hochkonjunktur sprechen. Daneben allerdings muß gleich erwähnt werden, daß eben diese selbe Eisenindustrie mit ihrer Hochkonjunktur ein Riesenergebnis erzielt hat, ein Ergebnis, das sich in der Industrie nirgendwo, das ebenfalls ein beachtliches sind, daß das Arbeitsverhältnis der gesamten deutschen Wirtschaft gegenüber der Produktion der schärferen Krisenperioden zahlenmäßig übertrifft.

Der Produktionsstand der deutschen Eisenindustrie ist heute, in dem stark überentwickelten Deutschland fast so groß als in dem Deutschland der Vorkriegszeit einschließlich Lothningens, Saargebiet und Ostpreussens. Hier muß allerdings hinzugefügt werden, daß die Bevölkerung der heutigen Deutschen Reiches zahlenmäßig schon viel größer ist als die des gleichen Zeitraums in der Vorkriegszeit.

Aber trotz dieser Einschränkung ist die Eisenproduktion relativ fast im Kopf der Bevölkerung und der in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter überaus absolut (quantitativ) in Inlandsverbrauch und am Export gemessen) gestiegen. Die Anfuhr an Eisen und Stahl (ohne Eisen- und Stahltertiärprodukte) betrug 1913 5,4 Millionen Tonnen, im Jahre 1928 9,24 Millionen Tonnen, im Jahre 1929 10,2 Millionen Tonnen. Damit ist Deutschland wieder zum ersten Eisenausfuhrland der Welt geworden.

Die Eisen- und Stahlproduktion betrug 1927:

	April	März
Roheisen	1.129.802	1.085.859
Rohestahl	1.378.289	1.288.400

Die arbeitstätige Gewinnung von Roheisen hatte im Durchschnitt des Jahres 1928, das in seiner zweiten Hälfte von der Krise betroffen wurde, gegenüber dem Zeitraum vom April 1926 auf 22.274 Tonnen zurückgegangen. Im April 1927 betrug sie 35.062 Tonnen. Die entsprechenden Zahlen für Rohestahl waren 38.982, 30.965, 48 Prozent des Tiefstandes vom vorigen Jahr ist jetzt ein Höchststand seit dem Krisenbeginn 1918 erreicht, der für Roheisen etwa 76, für Rohestahl 93, für Walzeisen 80 Prozent des Tiefstandes vom vorigen Jahre im Deutschen Reich damaligen Umfangs und der beispiellosen Verschleuderung von Material und Produktionsmitteln für den organisierten Menschenmord entspricht.

Die deutsche Wirtschaft hat die Vorkriegszeit infolge ihrer geologischen und geographisch günstigen Lage die bestorganisierte und -konzentrierte der Welt (selbstverständlich an dem Ausmaß des gegen amerikanische Weltmächte billige kleinere Ausmaßes) erreicht. Daß sie im Krieg und in der ersten Nachkriegszeit so zum denkbar höchsten Maße zertrütert und verelodert wurde, hatte seine Ursache in dem Waisinstoß des politischen Systems und in der Unfähigkeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften beim Zusammenbruch des militaristischen Systems. An dem Aufstieg der deutschen Eisenwirtschaft trägt den hervorragenden Anteil das gewaltige Aufblühen der Vereinigten Stahlwerke, über deren Organisation wir gelegentlich ihres Lebens-tretens am 1. April 1926 das nötige schreiben. Dieser Stahlriese war der bis dahin höchste Ausdruck der Rationalisierung. Eine Hütte des Stahlvereins konnte ihre Rohstoffleistung um mehr als 75 Prozent erhöhen, ohne einen einzigen Mann neu einzustellen; innerhalb des Gesamtkonzerns ist die Rohleistungsgewinnung in sechs Monaten um 48 Prozent, die Rohstoffherzeugung um 81 Prozent, die Kohlenförderung um rund 30 Prozent gestiegen, während die Arbeiterschaft sich in dem gleichen Zeitraum nur um rund 9 Prozent vermehrte. Die Lohn- und Stückzahl betragen 20 Prozent. Relativ, die gestiegenen Lebenshaltungskosten in Betracht gezogen, bedeutet das also einen Lohnabbau. Trotz der 30prozentigen Produktionssteigerung.

In ähnlicher Weise haben die anderen Konzerne zusammengefaßt und rationalisiert: die Mitteldeutschen Stahlwerke, die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke weisen in kleinerem Maße ähnliche Erfolge auf wie der Stahlverein im Rheinland, und neben den organisatorischen sind technische Fortschritte von hohem Ausmaß zu verzeichnen. Die Thyssen-Werke in Hamm, die Anlagen der Gutehoffnungshütten in Bochum, Vereinigte Werke, die Werke von Hoersch und noch manche andere sind auf die Höhe moderner Technik gebracht worden und stehen hinter den amerikanischen in vieler Hinsicht nicht mehr zurück.

Es ist außer allem Zweifel, daß die deutsche Wirtschaft in der Zeit der Weltwirtschaftlichen Krise ein Beispiel für die Entwicklung der Weltwirtschaft ist. Die Ursachen des Aufstieges der Eisenwirtschaft sind mancherlei Art. Der englische Bergarbeiterstreik und die Stilllegung der englischen Eisenindustrie, der organisierte Streik der Bergarbeiter der französischen Gewerkschaften waren der Hauptanstoß. Das Proletariat wurde angetrieben zu einer Höchstleistung bei

sinkendem Lebensstandard. Das Kapital machte riesenprofite, die es nach Beendigung der Streikbrüchkonjunktur, nach dem Abflauen des Exports aus der Produktion zog und in die Baugewerbe steckte und dadurch den Eisenverbrauch mächtig förderte, um so mehr, als der Eisenbetonbau große Fortschritte macht. Die Baukonjunktur regt eine Anzahl Hilfsindustrien an und darüber hinaus die Produktionsmittel- und die Konsumindustrien, Verkehr und Handel.

Eine nicht unbedeutende Triebkraft des Eisenexports (von dem Exports überhaupt) war der Boykott englischer Waren in China und Rußland und die dadurch gegebene Bevorzugung von Produkten aus Deutschland, das dort aus kriegerischen Unvermögen und Imperialistischer Impotenz den „Pazifisten“ spielte, den Fremden in der Not, Ferner die Eindämmung der Schleuderkonkurrenz infolge der Deflation in Frankreich und Belgien, die Anlage von Werken zur Kohlenverflüssigung, von Ferngasleitungen u. a.

Als Wechselwirkung der Streikbrüchkonjunktur wie der Rationalisierung (festgezierter Export) hat das Reich große Mittel für die Elektrifizierung der Eisenbahnen bereitgestellt. Die durch Streikbrüchkonjunktur und Rationalisierung angeregte Kaufkraft, die Schutzgesetzgebung für Agrarprodukte und schließlich große Reichsmittel aus Steuern haben der Landwirtschaft gestattet, ebenfalls zu rationalisieren und zur Erhöhung des Eisenkonsums beizutragen.

Trotz aller dieser produktionsfördernden Faktoren ist die Haupttriebkraft für den Aufstieg der deutschen Eisenwirtschaft die Rationalisierung in Deutschland, die Technisierung, die Ersetzung des Menschens durch die Maschine. Die „Konjunktur“ hat ihre Nabrehalle fast ausschließlich im Inlandsmarkt. Die Möglichkeit zur Realisierung des Mehrwertes, des für den Kapitalismus lebensnotwendigen Blutzustroms fehlt. Auch die Gewerkschaften konnten nur hervorgehoben werden, die bei gleichzeitiger Einsetzung der Amerikkredite. Es ist ein „Konjunktur aus zerborenen Mitteln“, wie der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Reichsausschussleiter Dr. Reichert, auf der Tagung dieses Vereins am 15. Juni 1927 in Berlin sich ausdrückte.

Alle die aufgeführten produktionsfördernden Faktoren sind vorübergehender Natur. Die Baukonjunktur ist schon am Abflauen, der Wohnungsbau geht schon zurück, die Kapitalien fehlen und die Proletariat die schon jetzt leer stehenden Wohnungen nicht mehr bezahlen können. Es werden in der Hauptsache noch die natürlichen Grenzen. Von 196 deutschen Hütten sind nur 111 in Betrieb; und diese werden nur zu 68 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt. In den Vereinigten Staaten von Amerika geht die Produktion zurück. Der Rückgang betrug schon im 1. Vierteljahr 1927 für Kohleisen 1,6 Prozent und für Rohestahl 2,8 Prozent. Trotzdem hat Amerika infolge seiner Produktion den Export gesteigert. Seine Arbeitslosen sind dem Weltmarkt gegenüber verhältnismäßig sehr gehobenen Kapitalkraft Amerikas, das ständige Kapitalzufließen aus dem verschledenen Europa hat, ist es nicht zweifelhaft, daß die deutsche Eisenindustrie in der nächsten Zeit zurückfallen wird. Die Arbeiter wissen, daß die Kommunisten die Interessen der Arbeiter besser vertreten als die Sozialdemokraten, deshalb stimmen sie für die Anträge der Kommunisten, wählen Kommunisten zu den Gewerkschaftskongressen und -Konferenzen, wenn aber der Vorstand gewählt werden soll, dann schrecken sie vor der Wahl von Kommunisten zurück, da die Arbeiter nicht wissen, wie die Kommunisten die Gewerkschaftsarbeit erledigen. Das bezieht sich auf reformistische Verbände, in denen Kommunisten gezwungen sind, mit den Sozialdemokraten zu konkurrieren und unsere Genossen nicht zureichend vertraut sind mit den laufenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung und es nicht verstehen auf diesem Boden Tarifwesen, Arbeitsgesetze, entsprechende Verordnungen usw. — die Sozialdemokraten zu schlagen.“ (Kl. Nr. 17, Seite 830.)

### Das Gewerkschaftsflasko der Komintern

In den letzten Hefen der „Kommunistischen Internationale“ (Jahrgang 1927, Heft 17, 18, 20 und 21) berichtet der Sekretär des EKKI, Pjatinzki, über: „Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen.“ Ein besonders umfangreiches Kapitel wird hier der Gewerkschaftsarbeit gewidmet. Selten ist so unvoreingenommen das Flasko der Komintern eingestanden worden. Selten ist auch so schwach versucht worden, hinter großen Tönen von der Parteiloyalität auf Betriebszellen zu verbergen, daß der ganze Gewerkschaftsstand der Komintern nur auf dem Papier steht. Die KPD hatte im Oktober 1926 133.809 Mitglieder. Der Berichterstatter sagt, daß man die wirkliche Zahl 20 bis 25 Prozent höher annehmen muß und meint damit wohl jenen Teil der Mitglieder, die schon so weit durchbrochenweise sind, daß man sie nicht mehr erfassen kann. Diese Organisation also hat in 70 von 1067 Ortsausschüssen des ADGB, die Mehrheit. Sie hat keine Gewerkschaft als Ganzes in Händen. Von 600 Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes sind 35 Prozent erobert, trotzdem die KPD-Liste zum Verbandstag 33 Prozent der Stimmen erhielt. Pjatinzki weiß auch die Erklärung dafür: „Die ungeklärten Arbeiter wissen, daß die Kommunisten die Interessen des Proletariats besser vertreten als die Sozialdemokraten, deshalb stimmen sie für die Anträge der Kommunisten, wählen Kommunisten zu den Gewerkschaftskongressen und -Konferenzen, wenn aber der Vorstand gewählt werden soll, dann schrecken sie vor der Wahl von Kommunisten zurück, da die Arbeiter nicht wissen, wie die Kommunisten die Gewerkschaftsarbeit erledigen. Das bezieht sich auf reformistische Verbände, in denen Kommunisten gezwungen sind, mit den Sozialdemokraten zu konkurrieren und unsere Genossen nicht zureichend vertraut sind mit den laufenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung und es nicht verstehen auf diesem Boden Tarifwesen, Arbeitsgesetze, entsprechende Verordnungen usw. — die Sozialdemokraten zu schlagen.“ (Kl. Nr. 17, Seite 830.)

### Bergarbeitermassen in England.

London, 21. Juni, 2000 Bergarbeiter im Glamorgan-Distrikt in Wales wurden mit vierzehntägiger Kündigungstrafe bestraft. Die betroffenen Kohlenräuber gehören Baldwin Limited, auf der Bedwas-Mine, die zu den Gruben des Lloyds gehört, wurde 500 Arbeitern gekündigt, was mit der Konkurrenz der französischen Kohle begründet wird. Die „Times“, die einen bemerkenswerten Leitartikel unter der Überschrift „Kohle und Chaos“ bringt, vertritt nicht so sehr die Interessen der Bergarbeiter als die Unfähigkeit in England selbst. Immer und immer wieder sei das Land auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht worden, seine Kohlenindustrie zu reorganisieren. Es sei wirklich nicht notwendig, England nochmals in eine Kohlenkrise zu stürzen, um diese elementare Lehre zu begreifen. Sir Herbert Samuel, der im Kohlenstreik eine hervorragende Vermittlerrolle spielte, teilte im Schrifttum in ähnlichem Sinne die Lässigkeit der verantwortlichen Stellen unter den Bergarbeitern ernste und zunehmende Unzufriedenheit hervorgerufen müsse.

Unter „Reorganisation“ der Kohlenindustrie ist natürlich keineswegs zu verstehen, als Rationierung der Produktion, wie weiter eine tausende von englischen Bergarbeitern auf Plakatwänden wurde.

### Mitteilungen Rhein

Achtung! Rheinland-Westfalen und Südwest! Am Sonntag, den 10. Juli, findet in Düsseldorf eine Bezirkskonferenz der Allg. Arb.-Union Rhld.-Westfalen statt. Provisorische Tagesordnung: 1. Organisatorische (a. Tätigkeitsbericht des BAA, und Kassenbericht, b. Bericht der Ortsgruppen); 2. Wirtschaftspolitische Lage und unsere Aufgabe in der Wirtschaft; 3. Vorkriegsbedingungen. Wir ersuchen die Ortsgruppen, sich mit der Bez.-Konferenz zu befassen und Anträge bis Montag, den 20. Juni, an das BAA einzureichen. Lokale und Zeitungsartikel sind dem Antragskammern am 20. Juni den Ortsgruppen bekannt gegeben!

Groß-Berlin  
Wochenbeiträge.  
In der 25. Woche (19. bis 25. Juni 1927) betragen die Beiträge 80 Pf., 1.— Mk. und 1,20 Mk. Arbeitslose 10 Pf.

Verantw. Redaktoren: a. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin; Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Isdonat, Berlin.

### Das Gewerkschaftsflasko der Komintern

In den letzten Hefen der „Kommunistischen Internationale“ (Jahrgang 1927, Heft 17, 18, 20 und 21) berichtet der Sekretär des EKKI, Pjatinzki, über: „Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen.“ Ein besonders umfangreiches Kapitel wird hier der Gewerkschaftsarbeit gewidmet. Selten ist so unvoreingenommen das Flasko der Komintern eingestanden worden. Selten ist auch so schwach versucht worden, hinter großen Tönen von der Parteiloyalität auf Betriebszellen zu verbergen, daß der ganze Gewerkschaftsstand der Komintern nur auf dem Papier steht. Die KPD hatte im Oktober 1926 133.809 Mitglieder. Der Berichterstatter sagt, daß man die wirkliche Zahl 20 bis 25 Prozent höher annehmen muß und meint damit wohl jenen Teil der Mitglieder, die schon so weit durchbrochenweise sind, daß man sie nicht mehr erfassen kann. Diese Organisation also hat in 70 von 1067 Ortsausschüssen des ADGB, die Mehrheit. Sie hat keine Gewerkschaft als Ganzes in Händen. Von 600 Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes sind 35 Prozent erobert, trotzdem die KPD-Liste zum Verbandstag 33 Prozent der Stimmen erhielt. Pjatinzki weiß auch die Erklärung dafür: „Die ungeklärten Arbeiter wissen, daß die Kommunisten die Interessen des Proletariats besser vertreten als die Sozialdemokraten, deshalb stimmen sie für die Anträge der Kommunisten, wählen Kommunisten zu den Gewerkschaftskongressen und -Konferenzen, wenn aber der Vorstand gewählt werden soll, dann schrecken sie vor der Wahl von Kommunisten zurück, da die Arbeiter nicht wissen, wie die Kommunisten die Gewerkschaftsarbeit erledigen. Das bezieht sich auf reformistische Verbände, in denen Kommunisten gezwungen sind, mit den Sozialdemokraten zu konkurrieren und unsere Genossen nicht zureichend vertraut sind mit den laufenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung und es nicht verstehen auf diesem Boden Tarifwesen, Arbeitsgesetze, entsprechende Verordnungen usw. — die Sozialdemokraten zu schlagen.“ (Kl. Nr. 17, Seite 830.)

### Wirtschaftsdemokratische Justiz

Das Landgericht Potsdam hat eine einstweilige Verfügung erlassen, die dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Brandenburg, und dessen Geschäftsführer bei Androhung einer Geld- oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten für den Fall der Zuwiderhandlung verbietet, Unterstützungen an die von der Jutefabrik ausgesperrten Arbeiter zu zahlen.

Die Justizaktionen zur Unterstützung der Kapitalistenoffensive werden immer toller. Bisher wurden einstweilige Verfügungen nur gegen streikende Proletariat erlassen. Jetzt verbietet die bürgerlichen Klassenrichter schon die finanzielle Hilfeleistung für Arbeiter, die vom Unternehmer ausgesperrt worden sind. Die Justiz der demokratischen Republik läßt den letzten Schleier fallen und produziert sich als die willfährige Dirne der Kapitalisten.

Die Weimarer Verfassung gewährt laut Artikel 159 Jedem das ungeschmälerte Koalitionsrecht. Daß dieses Recht für Proletariat aber nur ein formales, auf dem Papier stehendes Recht ist, wird heute immer offenkundiger. Die in den letzten Wochen gegen streikende Arbeiter erlassenen einstweiligen Verfügungen beweisen, daß die sogenannten demokratischen Errungenschaften für das Proletariat einen Katzendreck wert sind. Wenn es ihre Profitinteressen verletzen, pfeift die Kapitalistenklasse einfach auf den Koalitionsparagrafen der Reichsverfassung. — dem Macht geht vor Recht! Die Arbeiterschaft hat außer parlamentarischen Luftfrüchten keine wirtschaftliche und politische Macht in Händen — und deshalb sind auch die ihr feierlich verbrieften Rechte von der Gnade der herrschenden Bourgeoisie abhängig. Das ohnehin unzulängliche Recht, das die schwarzrotgelbe Republik dem Proletariat gewährt, wird zum bitteren Unrecht in dem Augenblick, wo die kapitalistische Klasse zur Unterstützung ihrer Verleumdungsaktionen den Staatsapparat mobilisiert.

„Wirtschaftsdemokratische“ preisen die Gewerkschaftsführer als soziales Allheilmittel und fordern die Arbeitermassen zum gesetzlichen zulaufenden Kampfe für dieses Ziel auf. „Der mit der Wirtschaftsdemokratie“, ist das tägliche Stoffgebet der Gewerkschaftsbeamten. Aber die Sachwalter des Kapitalismus haben nicht nur Sport und Lohn, sondern auch wolkige Geißeliebe als Ant-

### Wirtschaftsdemokratische Justiz

Das Landgericht Potsdam hat eine einstweilige Verfügung erlassen, die dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Brandenburg, und dessen Geschäftsführer bei Androhung einer Geld- oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten für den Fall der Zuwiderhandlung verbietet, Unterstützungen an die von der Jutefabrik ausgesperrten Arbeiter zu zahlen.

Die Justizaktionen zur Unterstützung der Kapitalistenoffensive werden immer toller. Bisher wurden einstweilige Verfügungen nur gegen streikende Proletariat erlassen. Jetzt verbietet die bürgerlichen Klassenrichter schon die finanzielle Hilfeleistung für Arbeiter, die vom Unternehmer ausgesperrt worden sind. Die Justiz der demokratischen Republik läßt den letzten Schleier fallen und produziert sich als die willfährige Dirne der Kapitalisten.

Die Weimarer Verfassung gewährt laut Artikel 159 Jedem das ungeschmälerte Koalitionsrecht. Daß dieses Recht für Proletariat aber nur ein formales, auf dem Papier stehendes Recht ist, wird heute immer offenkundiger. Die in den letzten Wochen gegen streikende Arbeiter erlassenen einstweiligen Verfügungen beweisen, daß die sogenannten demokratischen Errungenschaften für das Proletariat einen Katzendreck wert sind. Wenn es ihre Profitinteressen verletzen, pfeift die Kapitalistenklasse einfach auf den Koalitionsparagrafen der Reichsverfassung. — dem Macht geht vor Recht! Die Arbeiterschaft hat außer parlamentarischen Luftfrüchten keine wirtschaftliche und politische Macht in Händen — und deshalb sind auch die ihr feierlich verbrieften Rechte von der Gnade der herrschenden Bourgeoisie abhängig. Das ohnehin unzulängliche Recht, das die schwarzrotgelbe Republik dem Proletariat gewährt, wird zum bitteren Unrecht in dem Augenblick, wo die kapitalistische Klasse zur Unterstützung ihrer Verleumdungsaktionen den Staatsapparat mobilisiert.

„Wirtschaftsdemokratische“ preisen die Gewerkschaftsführer als soziales Allheilmittel und fordern die Arbeitermassen zum gesetzlichen zulaufenden Kampfe für dieses Ziel auf. „Der mit der Wirtschaftsdemokratie“, ist das tägliche Stoffgebet der Gewerkschaftsbeamten. Aber die Sachwalter des Kapitalismus haben nicht nur Sport und Lohn, sondern auch wolkige Geißeliebe als Ant-

### Wirtschaftsdemokratische Justiz

das davon sind nur 4 Kommunisten. Nicht besser ist es in Witten bestellt. In Köln stehen noch 40 Prozent der Genossen außerhalb der Gewerkschaften. In anderen Ländern dürfte die Lage noch schlechter sein, denn in Deutschland wurden spezielle Kampagnen für den Eintritt der Kommunisten in die Gewerkschaften durchgeführt, während wir aus den anderen Ländern von derartigen Kampagnen nichts gehört haben.“ (Kl. 20, Seite 909 bis 71.) Deshalb sind auch in der Tschechoslowakei von 138.600 Mitgliedern nur 45.575 oder 32,9 Prozent gewerkschaftlich organisiert. In der amerikanischen „Workers“ (Communist) Party gehören 40 Prozent der Mitgliedschaft der Gewerkschaften an. Von Frankreich wird nur gesagt, daß dort von 11 Millionen Arbeitern und Angestellten 1 Million gewerkschaftlich organisiert ist. Die roten Verbände umfassen davon 50 Prozent. Hierauf hat die KPP, „unbestimmten Einfluß“, aber auch diese Organisationen sind in ihren Handlungen in beträchtlichem Maße von den Reformisten abhängig, da es in ein und denselben Industriezweigen Verbände bilden. Ein wunderbares Gemälde leninistischer Strategie zeichnet Pjatinzki vom Massolstein: „In Italien sind breite Arbeitermassen reorganisiert, die wird mit den Anträgen der Reformisten geleiteten Verband noch die Forderung erhoben, daß politische Parteien sich nicht in die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterklasse einmischen dürfen.“ (Kl. 20, Seite 975.) — Interessant ist die Tabelle von 28 Bezirken, über die Prozentzahlen der Gewerkschaftsmittelglieder in der KPD: Westsachsen mit 92 Prozent, Berlin mit 90 Prozent marschieren an der Spitze, Wasserkante mit 72 Prozent, das Ruhrgebiet nur 70 Prozent, Niederrhein 57 Prozent, Mittelrhein 45 Prozent und Oberschlesien gar nur 46 Prozent. Wir haben hier Bezirke, wo die Arbeiterschaft zahlreich ist, genannt. Die vorwiegend agrarischen Gebiete fallen sämtlich unter den obigen Durchschnitt. „In Stettin gibt es 478 gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen, 24 Genossen sind aus den Gewerkschaften ausgeschieden, 300 Parteimitglieder gehören keiner Gewerkschaft an. Im sechsten Unterbezirk Oberschlesiens gibt es 1061 Parteimitglieder. Davon sind 361 gewerkschaftlich organisiert. . . . Aus Remscheid (Niederrhein) wird mitgeteilt, daß bei der Auflösung des örtlichen unabhängigen Metallarbeiterverbandes (Opposition), der im ganzen 1800 Mitglieder zählte, nicht weniger als 1500 Arbeiter in den reformistischen Metallarbeiterverband nicht zumtraten. In dem oppositionellen Verband waren hauptsächlich KPD, und sympathisierende organisiert. Im Metallarbeiterverband in Witten und Hoerde (Ruhgebiet) ist ein Einfluß darum gerine, weil nur wenige Genossen dem Verband angehören. So zählt z. B. der Metallarbeiterverband in Hoerde 3282 Mitglieder.

\*) Wir entnehmen diese Ausführungen einem Artikel des 25. Juni erschienenen Juliheft des „Proletar“, der allen Anträgen zu empfindlichen Monatschrift der KAPD, Red. d. Kampfruf.

sondern sie müssen als Organisation gegen die Führung des Kampfes seitens der Gewerkschaften ankämpfen und sich für die Übernahme der Führung des Kampfes durch die Belegschaft selbst, durch ihre Aktionsausschüsse einsetzen, auch dann sogar, wenn die Kämpfenden nicht die Notwendigkeit der Verwendung ihres wirtschaftlichen Kampfes in einen politischen begreifen, denn im Prozeß des Kampfes werden sie die, leichter begreifen, wenn die Führung sich in ihren Händen befindet, als wenn letztere in den Händen der Gewerkschaften wäre. Wenn die Arbeiter die Notwendigkeit der Ausbreitung des Kampfes und ihre Verwandlung in einen politischen begreifen, müssen sich die Unionisten in die Aktionsausschüsse wählen lassen. Folgt aber die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft oder von Teilen, die dem Kampf einen politischen Charakter annehmen lassen, nicht, und die Niederlage ist da, so müssen die Aktionsausschüsse, die für diesen Zweck gewählt wurden, von den Unionisten vertreten sein, die Führung des Kampfes auch in diesem Stadium des Abschlusses in ihren Händen behalten. Auch dann sogar, wenn das mit Verhandlungen verbunden ist. Die Verantwortung für einen solchen Ausgang des Kampfes trägt die übrige Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaftsorganisationen.

Manchen Genossen scheint das nicht genug revolutionär. Sie müssen aber konsequent sein und einen anderen konkreten Weg des Abschlusses zeigen. In einem Berliner Bezirk erklärte ein Genosse, daß nach einer Niederlage die Arbeiter nicht darüber zu verhandeln haben, unter welchen Bedingungen sie die Arbeit wieder aufnehmen; sie müssen ihre Rückseite nehmen und nie mehr in diese Betriebe zurückkehren. Das wäre zwar ein Weg, aber ein schlechter Weg; denn die Arbeiter und Unionisten in diesem Falle müssen nachher in anderen Betrieben Arbeit suchen und mit dem Unternehmer Verhandlungen führen, d. h. dasselbe tun, wofür sie die alten Betriebe verlassen haben, oder sie müssen in die Berge gehen. Dieser Weg ist aber kein Weg der Arbeiterklasse, die können einzelne gehen; im übrigen ist das Plättchen. Dieser Weg hat nichts mit Klassenkampf des Proletariats zu tun. Es wäre logischer, die Verweigerung des Verkaufs der Arbeitskraft als einen neuen Weg für die Betreibung der Arbeiterklasse zu predigen.

Man kann noch einen Weg für den Abschluß des Kampfes angeben, den die Arbeiter gemeinsam mit den Unionisten unter Ausschaltung der Gewerkschaften gehen können. In einem politischen Kampf verhandeln wollen, nämlich: daß jeder zurückkehrt wie er kann. Das bedeutet aber Zerstückelung der Solidarität unter den Arbeitern, was die elementarste Bedingung eines jeden Kampfes ist. Das bedeutet auch Zerstückelung der Betriebsorganisationen.

Wenn man diese zwei Wege ablehnt, so muß man zwischen der Notwendigkeit von einer organisierten Regierung unter welcher die Proletariat die Arbeit wieder aufnehmen. Ist man aber dazwischen, so muß man dafür sein, daß die Arbeiter sich an die Gewerkschaften wenden. In diesem Falle müssen aber die Arbeiter, die die Gewerkschaften ablehnen haben, die Führung ihres Kampfes selbst in die Hände nehmen und nachher zur Schuld der Gewerkschaften in die Stätten der Ausbreitung zurückkehren müssen. Ihre Notwendigkeit und Unüberheblichkeit zeigen. Das Ergebnis dieses scheinbaren Radikalismus wird also die Erhaltung der Totengräber der proletarischen Union — der Gewerkschaften sein. Man kann noch der Auffassung sein, daß die von der Belegschaft gewählten Organe den Kampf abschließen werden, die Unionisten müssen aber zurücktreten. Was das bedeutet, zeigt besonders klar der Fall, wo die Unionisten die Mehrheit in einem Betriebe haben. (Das war früher der Fall, als die Union über Hunderttausend Mitglieder verfügte und wird auch in Zukunft der Fall sein, wenn die Union die Klassenorganisation des Proletariats werden soll.) Die Unionisten müssen die Mehrheit der Aktionisten in Vertretung überlassen und sich auf diese Weise selbst ein Zeugnis der Feigheit ausstellen.

Der Fall, wo die Unionisten die Mehrheit sind, gestattet uns am klarsten die Taktik der Union, der Verhältnisse gegenüber zu präzisieren. Der Weg, dem die Unionisten die Mehrheit im Betriebe folgen, kann nicht nur der Weg für die „Ausgewählten“ sein, das ist der Weg, den sie auch als Minderheit der Arbeiterklasse zeigen müssen und für welchen die Gewerkschaften Verantwortung tragen müssen. Nur auf diesem Wege wird die Union eine Klassenorganisation des Proletariats. Nur so werden die organisatorischen Bedingungen für die unmittelbare Entfaltung des Kampfes gegen das Kapital geschaffen. Nur so werden die organisatorische und ideologische Vorbereitung für die Verwandlung der Kämpfe gegen die Wirkungen des Kapitalismus in Kämpfe gegen ihn selbst.

Gegen die hier entwickelte Taktik der Union, festgelegt auch in der Resolution des 4. und 18. Unterbezirks ist nur ein „Argument“ vorhanden, das Beachtung verdient. Das ist die Angst vor der reformistischen Gefahr für die Union. Es wäre eine Kurzsichtigkeit und Torheit, zu meinen, daß reformistische Gefahren existieren. Sie zeigen aber nicht aus den obigen Taktik, sondern aus dem Umstand, daß die Union zur breiten Klassenorganisation des Proletariats werden muß. Schon 1904 in einer Polemik gegen Lenin schrieb Rosa Luxemburg: „Die Gefahr der Reformismus ist ein Produkt der Arbeiterbewegung selbst. Sie ist die dialektische Widersprüche, die die Arbeiterbewegung in sich birgt.“ Der Kapitalismus ist seine Voraussetzung, den sie doch überwinden muß. Die Übertragung dieser dialektischen Widersprüche und ihre ideologischen Auswirkungen auf die Mitglieder der Union ist sehr wahrscheinlich mit der Entwicklung der letzten Jahre zur Massenorganisation des Proletariats. Diese Gefahr zu bannen mit dem Absichtsvollen von den alltäglichen Arbeiterkämpfen und ihrem Verlauf und durch die Verwandlung der Union zur Massenorganisation des Proletariats. Diese Gefahr zu bannen mit dem Absichtsvollen von den alltäglichen Arbeiterkämpfen und ihrem Verlauf und durch die Verwandlung der Union zur Massenorganisation des Proletariats. Diese Gefahr zu bannen mit dem Absichtsvollen von den alltäglichen Arbeiterkämpfen und ihrem Verlauf und durch die Verwandlung der Union zur Massenorganisation des Proletariats.

word auf diesen Ruf der Reformisten. Die Gewerkschaftsbeamten bemühen sich schnelltriefend, jede in Bewegung befindliche Arbeitergruppe für die utopische „Wirtschaftsdemokratie“ einzufangen — und die Unternehmervereine selbst schlagen den rebellierenden Lohnsklaven die wirtschaftsdemokratischen Illusionen aus dem Schädel, indem sie sich von ihren Klagen-erhalten Streik- und Unterstützungs-Verbote holen. Der Generalstab der Hungeroffensive läßt einfach die kapitalistische Justizbestie los, im rebellierende Proletariat so mühe zu machen, daß die Abwägung ihrer Bewegung durch die gewerkschaftlichen Tarifkontraenten möglich ist. Jetzt verbietet die bürgerlichen Klassenrichter schon die finanzielle Hilfeleistung für Arbeiter, die vom Unternehmer ausgesperrt worden sind. Die Justiz der demokratischen Republik läßt den letzten Schleier fallen und produziert sich als die willfährige Dirne der Kapitalisten.

Die Justizaktionen zur Unterstützung der Kapitalistenoffensive werden immer toller. Bisher wurden einstweilige Verfügungen nur gegen streikende Proletariat erlassen. Jetzt verbietet die bürgerlichen Klassenrichter schon die finanzielle Hilfeleistung für Arbeiter, die vom Unternehmer ausgesperrt worden sind. Die Justiz der demokratischen Republik läßt den letzten Schleier fallen und produziert sich als die willfährige Dirne der Kapitalisten.

Die Weimarer Verfassung gewährt laut Artikel 159 Jedem das ungeschmälerte Koalitionsrecht. Daß dieses Recht für Proletariat aber nur ein formales, auf dem Papier stehendes Recht ist, wird heute immer offenkundiger. Die in den letzten Wochen gegen streikende Arbeiter erlassenen einstweiligen Verfügungen beweisen, daß die sogenannten demokratischen Errungenschaften für das Proletariat einen Katzendreck wert sind. Wenn es ihre Profitinteressen verletzen, pfeift die Kapitalistenklasse einfach auf den Koalitionsparagrafen der Reichsverfassung. — dem Macht geht vor Recht! Die Arbeiterschaft hat außer parlamentarischen Luftfrüchten keine wirtschaftliche und politische Macht in Händen — und deshalb sind auch die ihr feierlich verbrieften Rechte von der Gnade der herrschenden Bourgeoisie abhängig. Das ohnehin unzulängliche Recht, das die schwarzrotgelbe Republik dem Proletariat gewährt, wird zum bitteren Unrecht in dem Augenblick, wo die kapitalistische Klasse zur Unterstützung ihrer Verleumdungsaktionen den Staatsapparat mobilisiert.

„Wirtschaftsdemokratische“ preisen die Gewerkschaftsführer als soziales Allheilmittel und fordern die Arbeitermassen zum gesetzlichen zulaufenden Kampfe für dieses Ziel auf. „Der mit der Wirtschaftsdemokratie“, ist das tägliche Stoffgebet der Gewerkschaftsbeamten. Aber die Sachwalter des Kapitalismus haben nicht nur Sport und Lohn, sondern auch wolkige Geißeliebe als Ant-

Die Arbeiterschaft darf sich nicht nie und nimmer auf das tote Gleis des kapitalistischen Rechts begeben, wenn sie gegen die Justizaktionen Front machen will. Die Geißel der kapitalistischen Klassenjustiz kann nur gebrochen werden, indem das Proletariat dem Kapitalismus mit dem Schwere der revolutionären Massenaktion ins Herz stößt. Diese revolutionäre Klassenangabe der Arbeiterschaft kann aber nicht mit den Gewerkschaften, sondern nur im bewußten politischen und organisatorischen Gegensatz zu diesen Bollwerken der kapitalistischen Hungerdemokratie vollbracht werden.

Die Arbeiterschaft darf sich nicht nie und nimmer auf das tote Gleis des kapitalistischen Rechts begeben, wenn sie gegen die Justizaktionen Front machen will. Die Geißel der kapitalistischen Klassenjustiz kann nur gebrochen werden, indem das Proletariat dem Kapitalismus mit dem Schwere der revolutionären Massenaktion ins Herz stößt. Diese revolutionäre Klassenangabe der Arbeiterschaft kann aber nicht mit den Gewerkschaften, sondern nur im bewußten politischen und organisatorischen Gegensatz zu diesen Bollwerken der kapitalistischen Hungerdemokratie vollbracht werden.

Die Arbeiterschaft darf sich nicht nie und nimmer auf das tote Gleis des kapitalistischen Rechts begeben, wenn sie gegen die Justizaktionen Front machen will. Die Geißel der kapitalistischen Klassenjustiz kann nur gebrochen werden, indem das Proletariat dem Kapitalismus mit dem Schwere der revolutionären Massenaktion ins Herz stößt. Diese revolutionäre Klassenangabe der Arbeiterschaft kann aber nicht mit den Gewerkschaften, sondern nur im bewußten politischen und organisatorischen Gegensatz zu diesen Bollwerken der kapitalistischen Hungerdemokratie vollbracht werden.

Nachdem den Proleten nun Klarzermacht ist, daß nicht nur die schwarz-rot-goldene, sondern jede Konterrevolution bolschewistisch werden kann, auch die Frage auf, wie es denn mit der „kommunistischen“ Arbeit in den freigeblieben Organisationen, die der Verfasser stillvoll „Klassengewerkschaften“ nennt, in Wirklichkeit aussieht. Kehren wir zu Deutschland zurück und kreifen dafür zwei drastische Beispiele heraus. „In Berlin nahmen an allen Fraktionssitzungen im Januar 1927 von den 14.000 gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern nur 1026 teil. . . . Die Fraktion der deutschen Metallarbeitergewerkschaften in Frankfurt umfaßt 209 Genossen. An den Versammlungen nehmen aber nicht mehr als 10 Prozent teil. Auf der letzten Generativversammlung des Metallarbeiterverbandes in Frankfurt waren von 209 Genossen 4 anwesend.“ (Kl. 20, Seite 973.)